

Anti Atom Berlin
Klaus Fuchs
Stadtteilbüro Friedrichshain
Warschauer-Straße 23
10243 Berlin

Berlin, 04.08.2016

Ihre Anfrage: Wahlprüfsteine

Sehr geehrter Herr Fuchs,

gern beantworten wir Ihnen Ihre Wahlprüfsteine im Vorfeld der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2016.

1. Sind Ihnen folgende Sachverhalte über den Berliner Reaktor BER II und die Zentralstelle für radioaktive Abfälle (ZRA) in Berlin-Wannsee bekannt und wie beurteilen Sie diese insgesamt?
2. Was werden Sie als gewählter Volksvertreter tun, um die sofortige Stilllegung des überalterten und völlig ungeschützten Reaktors zu erreichen?
3. Würden Sie folgende Forderungen unterstützen?
 - Bund und das Land Berlin müssen als 100%ige Finanziere eine Neubewertung der Terror-Risiken für den BER II und für das Zwischenlager Wannsee (ZRA) in Auftrag geben.
 - Bis zur Neubewertung muss der Reaktor in Wannsee sofort abgeschaltet werden.
 - Das Personal ist sofort einer aktuellen Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen.
 - Die Neubewertung des BER II sollte einen Widerruf der Betriebsgenehmigung von Amtes nach Atomgesetz §17 Abs. (5) bewirken mit der Konsequenz der sofortigen Stilllegung.

Die dargestellten Sachverhalte über den Berliner Reaktor BER II und die Zentralstelle für radioaktive Abfälle (ZRA) in Berlin-Wannsee sind durch Berichte des Senats und aus Presseveröffentlichungen im Wesentlichen bekannt.

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus begleitet die Arbeit des Forschungsreaktors seit Jahren mit zahlreichen Initiativen kritisch. Dies ist dokumentiert durch verschiedene parlamentarische Anfragen (z.B. Drucksache 17/11440, 17/11439, 17/15510, 17/15511, 17/15653) der Abgeordneten Daniel Buchholz und Dr. Ina Czyborra und Abgeordnetenhausbeschlüssen für mehr Sicherheit und Transparenz, die auf Initiative der SPD-Fraktion (z.B. 16/0701 und 16/4290-1, 16/4290-2) gefasst wurden.

Die Risiken, die vom Forschungsreaktor ausgehen, müssen aus Sicht der SPD weiter minimiert werden. Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ein. Die Nutzung der Kernenergie lehnen wir ab. Die SPD setzt sich für eine schnellstmögliche Stilllegung des Forschungsreaktors ein. Vor dem Hintergrund der neuen Sicherheitslage sollte eine neuerliche Überprüfung der Sicherheit des Reaktors durchgeführt werden. Hierbei soll auch die Prüfung der Aufgabe des Betriebes des Forschungsreaktors zu einem früheren Termin, als zum geplanten Termin Ende 2019 angestrebt werden. Die SPD setzt sich für eine sofortige Neubewertung der Terror-Risiken für den BER II und das Zwischenlager Wannsee ein.

4. Im September 2013 wurde in neun Bundesländern (darunter Berlin) eine gemeinsame Übung zu einem Atomunfall auf rein kommunikativer Ebene innerhalb der Verwaltung durchgeführt. Das Ergebnis war katastrophal. Berlin hat besonders schlecht abgeschnitten und Auflagen zur Nachbesserung erhalten.

- **Wurde diesen Auflagen nachgekommen?**
- **Wenn nicht, was werden Sie zu deren Durchsetzung tun?**

Die SPD setzt sich für eine rasche Nachbesserung bzw. Neuausrichtung des Katastrophenübungsplans unter Einbeziehung aller beteiligten Behörden ein, um systematisch alle wesentlichen Aspekte der Planungen zu überprüfen und zu optimieren.

5. Warum haben bisher keine Übungen zum Katastrophenschutz unter Einbeziehung der Bevölkerung von Berlin und Potsdam/Brandenburg stattgefunden? Würden Sie sich für eine solche Übung einsetzen?

Die SPD setzt sich für eine besonnene Haltung insbesondere in Bezug auf Terrorgefahren ein. Dazu gehört ein hohes Maß an Transparenz für die Bevölkerung und die Einbeziehung der Bevölkerung in Katastrophenschutzübungen. Insbesondere ist eine Kooperation von Berlin und Potsdam/Brandenburg anzustreben. (siehe hierzu auch Antwort zu Frage 1. bis 3.)

- 6. Der Betrieb des Reaktors kostet den Steuerzahler im Jahr ca. 35 Mio €. Überwiegend internationale Institutionen/Forscher nutzen diese Forschungseinrichtung und verfolgen dabei nicht transparente Forschungsziele/-projekte. Öffentlich finanzierte Industrieforschung ist verdeckt möglich. Die Messzeiten sind zudem kostenlos. Würden Sie sich dafür einsetzen, dass die BürgerInnen über die Zielvorgaben und die Auswahl der Forschungsvorhaben rechtzeitig informiert werden und ihnen ermöglicht wird, sich daran zu beteiligen? Wenn nein, warum nicht?**

Die SPD setzt sich für Transparenz auch in Bezug auf die Forschung im Reaktor ein, insbesondere soll über Forschungsziele, Forschungsprojekte und Forschende transparent informiert werden. Wer den Reaktor nutzt und zu welchen Forschungszwecken darf keine Black Box sein.

Die SPD setzt sich in Bezug auf Forschungsvorhaben für eine stärkere Einbindung des Parlaments ein. Eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Zielvorgaben und Auswahl der Forschungsvorhaben erscheint uns unrealistisch.

Mit freundlichen Grüßen



Dennis Buchner
Landesgeschäftsführer